

Beschluss der LDK Stade am 27.1.2007

Dem Rechtsextremismus entschlossen und ausdauernd entgegen treten – Arbeitsgruppe gegen Rechtsextremismus einrichten.

Die Landesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nimmt mit Besorgnis zur Kenntnis, dass die demokratiefeindliche und menschenverachtende Bewegung des Rechtsextremismus erschreckenden Zulauf hat und ein Anstieg rechtsextremistischer Straftaten und ein Erstarken der rechtsextremen Szene zu verzeichnen ist. Es ist daher dringend geboten, dass die politische und gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem gefährlichen und rassistischem Gedankengut der Rechtsextremen verstärkt und offensiv geführt wird. Das Verbot von rechtsextremistischen Organisationen, die Minderheiten diskriminieren und bedrohen, einzelnen Menschen oder Gruppen elementare Grund- und Menschenrechte absprechen oder Gewalt verherrlichen bleibt ein legitimes Mittel zur Eindämmung solcher Aktivitäten. In jedem Einzelfall ist die Erfolgsträchtigkeit eines solchen Verbotes zu prüfen. Das aufgrund von V-Mann Aktivitäten missglückte NPD-Verbotsverfahren zeigt aber auch, dass dilettantisch vorbereitete Verbotsverfahren kontraproduktiv sein können. Ein neuer Vorstoß zum Verbot der NPD wäre gerechtfertigt, erscheint aber nur sinnvoll, wenn die Voraussetzungen des Bundesverfassungsgerichts für eine solche Entscheidung vorab durchgesetzt werden können. Aktive Maßnahmen gegen Rechtsextremismus dürfen aber nicht durch ritualhafte Verbots- und Repressionsdebatten überlagert werden. Bildungspolitische Maßnahmen, zivilgesellschaftliche Strategien, polizeiliche oder juristische Maßnahmen sind in ihrer Wirkung genau abzuwägen und gezielt einzusetzen. Antworten auf Rechtsextremismus müssen die Köpfe und Herzen der Menschen erreichen. Es reicht absolut nicht aus, wenn die niedersächsische Landesregierung zur Bekämpfung des Rechtsextremismus fast ausschließlich auf den Verfassungsschutz setzt.

Das schwindende Vertrauen in die demokratischen Strukturen spielt den Rechtsextremen in die Hände, genauso wie diffuse Globalisierungsängste und damit verbundene Sorgen vor einem sozialen Abstieg. Wer rechtsextremistisches Erstarken verhindern will, muss Perspektiven schaffen. Wir brauchen einen deutlichen Ausbau von bildungspolitischen Institutionen sowohl im frühkindlichen, regelschulischen als auch außerschulischen Bereich, um menschenverachtende und verfassungsfeindliche Ideologien zu bekämpfen und Menschen gegen rassistische Ideen zu immunisieren.

Frühe Prävention ist der Grundstein

Die sozialpsychologische und sozialwissenschaftliche Forschung kommt zu dem Schluss, dass Anhänger des Rechtsextremismus häufig tief sitzende Minderwertigkeitskomplexe und Ohnmachtsgefühle haben und diese durch einen vulgärbiologischen Rassismus kompensieren wollen. Die Gründe für eine rechtsextremistische Anfälligkeit werden daher häufig schon in den ersten Kindheitsjahren gelegt. Eine nachhaltige Antwort auf rechtsextremistische Entwicklungen ist daher ein deutlicher Ausbau der frühkindlichen Bildung. In den ersten Lebensjahren werden Grundlagen für ein gelingendes Leben mit Ich-Stärke und Selbstvertrauen gelegt. Das frühe Erlernen von Mitgefühl und Empathie durch eine anerkennende und wertschätzende Lernumgebung sind daher die beste Antwort auf rechtsextremistische Anfälligkeiten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Niedersachsen fordern daher den deutlichen Ausbau der frühkindlichen Bildung in Hinblick auf diese Fähigkeiten.

Schule der Vielfalt und Offenheit

Eine weitere wichtige bildungspolitische Maßnahme gegen Rechtsextremismus ist der weitere Ausbau der Ganztagschule, um die individuelle Förderung zu erhöhen und somit insgesamt das Bildungsniveau zu erhöhen. Gerade der Nachmittagsunterricht kann hervorragend für die

Vermittlung von Demokratie und Zivilcourage genutzt werden. Der Ausbau von Ganztagschulen geht in Niedersachsen nach wie vor viel zu langsam und ohne ein durchdachtes pädagogisches Konzept vonstatten. Auch die geringe Durchlässigkeit im Schulsystem verhindert die Bekämpfung der Ursachen von Rechtsextremismus. Längst ist bekannt, dass der schulische Erfolg oftmals stark von der sozialen Herkunft bedingt ist. Um eine Abtrennung ganzer Gesellschaftsteile zu verhindern, bedarf es daher viel mehr als bisher integrativer Unterrichts- und Schulformen. Die Weiterentwicklung des Gesamtschulenskonzepts ist daher zu fördern. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Niedersachsen fordern daher den raschen Ausbau von Ganztags- und Gesamtschulen in Niedersachsen.

Menschenrechtsbildung als Aufgabe

Den Schulen kommt beim Engagement gegen Rechtsextremismus eine besondere Bedeutung zu. Schulen dürfen kein politikfreier Raum sein, sondern müssen die Vermittlung von gesellschaftlichen Grundwerten, Menschenrechten und umfassender Kenntnisse über die menschenverachtende Ideologie und die Verbrechen der Nazi-Diktatur immer wieder in den Vordergrund rücken. Demokratie- und Menschenrechtsbildung ist dabei eine Querschnittsaufgabe, soll also auch im Biologieunterricht in Hinblick auf Evolutions- und Rassenlehre thematisiert werden. Die offene Konfrontation mit den geschlossenen Weltanschauungen der Vergangenheit muss von dafür besonders weitergebildeten und geschulten LehrerInnen geführt werden. Auch der Besuch von KZ-Gedenkstätten und damit die direkte Auseinandersetzung mit der Geschichte muss stärker gefördert werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Niedersachsen fordern daher die stärkere Förderung der schulischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und der Geschichte von Demokratie und Menschenrechten.

Bildung & Beratung ins Zentrum rücken

Neben der frühkindlichen und schulischen Bildung braucht Niedersachsen ein unabhängiges Bildungs- und Beratungszentrum gegen Rechtsextremismus und Gewalt um Kommunen, Behörden und Organisationen professionell und kompetent zu beraten. Gerade die kommunale Infrastruktur entscheidet in vielen Fällen darüber, ob die Jugendlichen rechtsextremen Ersatzangeboten ins Netz gehen. Das Beratungszentrum soll Handlungsanleitungen, Kommunikationstrainings und Aufklärung über rechtsextremistische Entwicklungen und Strategien vermitteln und den Aufbau einer starken demokratischen Zivilgesellschaft unterstützen. So ist beispielsweise denkbar, die kommunale Politik mehr als bisher in den Politikunterricht und Projektarbeit einzubinden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Niedersachsen fordern deshalb den Aufbau und die Förderung eines professionellen Beratungszentrums gegen Rechtsextremismus und Gewalt.

Breite Bündnisse gegen Rechts unterstützen

Wo Rechtsextremisten mit Aufmärschen und Demonstrationen ihre menschenverachtenden Parolen auf die Straße tragen wollen muss ein breiter, friedlicher und fantasievoller Protest organisiert werden. Grüne setzen sich vor Ort für breite Bündnisse ein, die alle demokratischen Parteien, Gewerkschaften, Religionsgemeinschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen umfassen, um die breite gesellschaftliche Ablehnung solch rechtsextremer Aktivitäten deutlich zu machen. Demonstrationen, Kundgebungen, Straßenfeste, Gedenkveranstaltungen – die Liste möglicher Aktivitäten ist lang. Repräsentanten von Städten, Landkreisen und Gemeinden sind gehalten, aktiv und öffentlich deutlich zu machen, dass die Bedrohung und Einschüchterung von Minderheiten ein fundamentaler Angriff auf die Grundwerte unseres Gemeinwesens ist. Bei Gewaltverherrlichung und Diskriminierung von Minderheiten gilt das Prinzip der Nulltoleranz.

Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen

Die Entlassung von fast zehn Prozent der Jugendlichen eines Jahrgangs ohne Schulabschluss ist und bleibt ein sozialpolitischer Skandal ersten Ranges. Hier hat die Landesregierung versagt und hat bis heute kein Rezept, um die Zahl der SchülerInnen ohne Schulabschluss gegen Null zu drücken. Damit werden Jugendliche in die Perspektivlosigkeit entlassen. Das kann nicht länger akzeptiert werden. Wir werden daher alles daran setzen wirklich Gute Schule in Niedersachsen zu realisieren. Auch im ländlichen Raum muss die offene und emanzipatorische Jugendarbeit deutlich verstärkt werden. Hier tragen auch die Gemeinden und Ortschaften direkte Verantwortung. Wir werden uns daher in Ortsräten, Gemeinderäten und Kreistagen für eine nachhaltige Verbesserung der Jugendarbeit einsetzen.

Der Blick zurück: Erinnerungskultur stärken

In vielen Orten ist die Erinnerungskultur in den letzten Jahren erfreulich gewachsen. Veranstaltungsreihen setzen sich mit dem Nationalsozialismus auseinander. Kleinere Gedenkstätten sind entstanden und in Bergen-Belsen entsteht eine ganz neue Ausstellung. Erzählcafés arbeiten die Alltagsgeschichte des dritten Reiches auf und sprechen auch jüngere Menschen an. Vielfach werden Gedenkfeiern an Orten und Tagen abgehalten, die an Verbrechen der Nationalsozialisten erinnern. Das gilt bspw. für den Tag der Reichspogromnacht vom 9.11.1938 und den Tag der Befreiung des KZ Auschwitz am 27.1.1945. Damit wird die Erinnerung an die schlimmsten Verbrechen in der Geschichte unseres Landes wach gehalten. Junge Menschen lernen, wie wichtig die Achtung und die Würde des Andersdenkenden und die Verteidigung unserer Grundrechte ist. Trotzdem bleibt hier noch sehr viel zu tun. Noch immer gibt es in Niedersachsen Orte, wo Synagogen gebrannt haben und bis heute nicht ein einziger Stein an das Ereignis erinnert. Noch immer gibt es Ehrenmalsfeierlichkeiten ohne dass die Opfer der Gewaltherrschaft der Nazis in den jeweiligen Dörfern gewürdigt werden. Noch immer gibt es Institutionen, die in Chroniken die Jahre von 1933 bis 1945 schlichtweg aussparen und in skandalöser Weise verharmlosen, wie kürzlich bei der Waldarbeiterschule des Landes in Seesen. Noch immer gibt es im Land Niedersachsen keine umfassende Aufarbeitung der Geschichte der Zwangsarbeiter – nur einzelne Gebietskörperschaften und Institutionen sind hier bislang tätig geworden. Wir werden uns daher auf allen politischen Ebenen für die Stärkung einer lebendigen Erinnerungskultur einsetzen.

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind Demokratie, Menschenwürde und Rechtsstaat konstitutiv. Der Kampf gegen rechtsextreme Bestrebungen stellt für uns daher eine zentrale Aufgabe dar. Die Landesdelegiertenversammlung beauftragt daher den Landesvorstand mit der Einrichtung einer Arbeitsgruppe, die sich aus Partei, Fraktion und weiteren Interessierten zusammensetzt und die politischen Forderungen in der Auseinandersetzung mit dem aufstrebenden Rechtsextremismus erarbeiten soll.